

"Solidarisch für den öffentlichen Dienst gegen den Abbau im Service public!"

Mitglieder verschiedenster Gewerkschaften und Berufsverbände aus dem Bereich des Service public schliessen sich für eine gemeinsame Protestkampagne zusammen.

Von Christoph Straumann, Vizepräsident LVB, Geschäftsstelle LVB

„Entlastungsprogramme“

Bund und Kantone planen Abbauprogramme im Service public im Umfang von über 9 Milliarden Franken! Aufgrund dieser sogenannten „Entlastungsprogramme“ sollen gegen 9000 Vollzeitstellen allein beim Bund und bei den Kantonen abgebaut werden. Mit Berücksichtigung der Teilzeitbeschäftigten und des Stellenabbaus in den Städten und Gemeinden würden gegen 20'000 Arbeitsplätze verloren gehen. Und dies in verschiedensten Bereichen:

- Gesundheit
- Bildung
- Sicherheit
- Verkehr
- Kommunikation
- Verwaltung

Die massiven Sparübungen beginnen aber nicht erst heute. Über die letzten Jahre betrachtet, musste das Personal schon einige „Optimierungen“ mittragen. Die spürbaren Folgen z.B. im Bereich der Post oder der Spitäler sind hinlänglich bekannt.

Die Konsequenzen

Die Konsequenzen eines weiteren Kahlschlags sind absehbar: Die Belastung für das verbleibende Personal wird weiter steigen. Dass damit die Qualität der Dienstleistungen sinken muss, versteht sich von selbst. Aber auch die Privatwirtschaft wird die Verschlechterungen spüren: Weniger Aufträge aus öffentlichen Investitionen schmälern die Ertragslage.

Historische Allianz

Um diesen düsteren Perspektiven entgegenwirken zu können, haben sich in den letzten Wochen verschiedenste Gewerkschaften und Berufsverbände zusammengerauft und eine landesweite Kampagne gegen den Abbau im Service public lanciert. Die zum Kampagnenstart am 23. September in vielen Städten durchgeführten Aktionen zeigten einer breiten Öffentlichkeit die Entstehung der schlechten finanziellen Situation der Gemeinwesen und die verheerenden Folgen einer übertriebenen Sparwut auf:

Die Steuereinnahmen sind durch Änderungen der Steuergesetze vielerorts massiv gesunken. Weitsichtige Reservenbildungen, wie sie in jedem privaten Unternehmen unerlässlich sind, blieben in Jahren mit positivem Ergebnis zu wenig berücksichtigt. Die daraus resultierenden finanziellen Engpässe

führen in vielen Bereichen dazu, dass von der Allgemeinheit geschätzte und benötigte Dienstleistungen plötzlich in Frage gestellt und etwas später eventuell ganz aufgegeben werden. Dass damit aber oft wichtige Standortfaktoren wie

- gut ausgebauter öffentlicher Verkehr
- vielfältiges Kulturangebot oder
- bestens ausgebildetes Personal

bewusst beeinträchtigt werden, muss erstaunen. Denn nur wenn diese Dienstleistungen auch weiterhin in entsprechender Qualität angeboten werden können, wird die immer grösser werdende Anzahl von global operierenden Betrieben in unserer Region auch langfristig zu halten sein. Kurzfristiges Spargehabe kann so zum langfristig teuren Bumerang werden.

Das Manifest

Hier setzt das von allen an der Kampagne beteiligten Organisationen gemeinsam verabschiedete Manifest an. Es bezieht sich auf den mit der Ablehnung des Steuerpakets am 16. Mai dieses Jahres auf Bundesebene klar geäusserten Volkswillen, die Finanzen der öffentlichen Hand nicht weiter zu schmälern und richtet sich damit entschieden gegen die „Politik der leeren Kassen“ und der fragwürdigen „Entlastungsprogramme“.

Die Ziele

Die jetzt angelaufene Aktion setzt sich zum Ziel, die Abbauvorhaben von Bund, Kantonen und Gemeinden zu stoppen und die Finanzierung eines leistungsfähigen Service public zu sichern.

LCH-Plakataktion

Ein nächster Meilenstein ist die gross angelegte, gesamtschweizerische Plakataktion unseres Dachverbandes LCH. Mit einem Weltformatplakat wird in der Zeit vom 23. September als Starttag der nationalen Kampagne bis zum 5. Oktober, dem internationalen Tag der Lehrerinnen und Lehrer, positiv auf unsere Arbeit und ihren Nutzen für die Gesamtbevölkerung hingewiesen.

|